

Korruption

Großrazzia wegen NRW-Bauaffäre

Von Peter Berger und Tim Stinauer, 09.02.11, 11:26h, aktualisiert 10.02.11, 09:53h

Der Düsseldorfer Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW steht im Zentrum eines Korruptionsskandals. In einer Razzia hat die Polizei jetzt bundesweit 56 Objekte durchsucht. Auch bei der Erweiterung des Kalker Polizeipräsidiums soll es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein.



Das neue Polizeipräsidium in Köln-Kalk (Bild: Hennes)



Das neue Polizeipräsidium in Köln-Kalk (Bild: Hennes)

KÖLN - DÜSSELDORF/KÖLN/WUPPERTAL - Die Korruptionsaffäre um das NRW-Landesarchiv in Duisburg weitet sich aus. Am Mittwoch durchsuchten mehr als 200 Polizisten, Steuerfahnder und 15 Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Wuppertal 56 Büros und Privatwohnungen in fünf Bundesländern. Zeitgleich wurden mehrere Landesministerien und Behörden um Auskunft gebeten. Ein Schwerpunkt der Durchsuchungen war Köln. Die Ermittler hegen den Verdacht, dass beim Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums in Köln-Kalk und bei dem geplanten Fachhochschulcampus im Kölner Süden Korruption im Spiel gewesen sein könnte. Untersucht wird

auch der Ankauf des Landesbehördenhauses in Bonn. Ein Schaden in Millionenhöhe könne nicht ausgeschlossen werden, teilte die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit.

Im Zentrum der Korruptionsaffäre steht der landeseigene Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) in Düsseldorf. Die Ermittlungen richten sich gegen dessen ehemaligen Geschäftsführer, Ferdinand Tiggemann, der im vergangenen Jahr seinen Posten räumen musste, sowie gegen weitere an den Projekten beteiligte Verdächtige. Ihre genaue Zahl wollten die Ermittler nicht nennen.

In Köln wurden auch die Büros der Unternehmensgruppe Bauwens durchsucht, deren geschäftsführende Gesellschafter Paul Bauwens-Adenauer und Patrick Adenauer sind. Die Bauwens-Gruppe hatte im Zusammenhang mit dem geplanten Fachhochschulcampus Grundstücke im Wert von rund 70 Millionen Euro an den BLB verkauft und dabei hohe Gewinne erzielt. Die Rede ist von rund 8,4 Millionen Euro. Paul Bauwens-Adenauer, der auch Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln ist, betonte am Mittwoch, dass gegen die Unternehmensgruppe nicht ermittelt wird. „Unsere Büros wurden nur zur Beweissicherung durchsucht.“

Ermittlungen wegen NRW-Landesarchiv

Ins Rollen gekommen waren die Ermittlungen im vergangenen Jahr durch die Kostenexplosion beim Neubau des NRW-Landesarchivs in Duisburg. Sie hatten sich auf 160 Millionen Euro verdoppelt. Die Pläne waren dann zwar auf 141 Millionen abgespeckt worden, danach gab es aber erneut eine Kostenwarnung.

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) hatte für die Kostenexplosion eine "Koste es, was es wolle"-Haltung der alten schwarz-gelben Landesregierung verantwortlich gemacht. Der Archivbau sollte "zunächst losgelöst von der Kostenrelevanz diskutiert werden", zitierte er aus einem internen Vermerk aus der Staatskanzlei.

Das Finanzministerium hatte eine Sonderprüfung eingeleitet und die SPD die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erwogen. Für die CDU liegt die Verantwortung für die Kostensteigerungen dagegen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb und nicht bei der früheren Regierung.

Auf welche Weise sich die Verdächtigen strafbar gemacht haben sollen, wollten die Ermittler aus taktischen Gründen nicht verraten. Die Landesbehörden und Ministerien hätten die Ermittlungen uneingeschränkt unterstützt und seien deswegen nicht durchsucht worden. (mit dpa)

